

Beschluss des Parteirats

G20 in Hamburg – Verantwortung für Klimaschutz und fairen Handel statt Gipfelshow

Die G20 tragen eine große Verantwortung. Sie erwirtschaften vier Fünftel des globalen Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig verursachen diese Länder mindestens drei Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Die Welt verändern, sozial und ökologisch – das wird nur mit den G20-Mitgliedern gehen. Deshalb ist ein Treffen richtig, auch wenn die Vereinbarungen der G20 immer rückgekoppelt sein müssen an die Beschlüsse der Vereinten Nationen. Die Bereitschaft der G20, Verantwortung füreinander und den Planeten zu übernehmen geht allerdings immer weiter zurück, wie Trumps Ausstieg aus dem Klimavertrag von Paris zeigt. Die Weltgemeinschaft droht in dieser elementaren Frage zu scheitern, dabei kann nur die G20 die Klimakrise lösen.

Die Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit, die uns über Jahrzehnte Frieden und Stabilität gebracht haben, drohen zu scheitern. Die Werte, die Multilateralismus erst möglich gemacht haben, erodieren. Statt endlich engagiert voranzugehen bei der Klimakrise und vielen weiteren drängenden globalen Problemen, droht in Hamburg ein Showdown zwischen Protektionismus und Globalisierung, ein Schaulaufen von selbstverliebten Autokraten und nationalen Egoisten. Umso wichtiger, dass der Gastgeber Deutschland im Verbund mit seinen europäischen Partnern entschieden vorangeht. Die Welt wartet auf entschiedene Schritte zu mehr Klimaschutz. Hamburg darf nicht die Kulisse für eine weitere Show-Veranstaltung werden.

Die Bundesregierung muss sich beim G20-Gipfel konzentrieren auf nachhaltige Investitionen statt klimaschädliche Subventionen, Einsatz für fairen Handel statt Protektionismus, eine gerechte Finanzpolitik und die Bekämpfung von globaler Ungleichheit.

Kein Planet B

Mit dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen torpediert US-Präsident Donald Trump die mühsam errungenen Verabredungen beim internationalen Klimaschutz. Die Entrüstung der Bundeskanzlerin ist heuchlerisch, denn zu Hause steht die von ihr geführte Bundesregierung selbst auf der Bremse. Die anhaltend hohen Treibhausgasemissionen sind Ausdruck einer klimapolitischen Doppelmoral der schwarz-roten Bundesregierung, die zwar Trumps klimapolitische Isolation kritisiert, selbst aber die Klimaschutzziele für 2020 krachend verfehlen wird. Bis 2020 klafft aktuell eine riesige Klimaschutzlücke. Im Vergleich zu heute müssen wir dann mindestens 150 Mio. Tonnen CO₂ eingespart haben.

Dem Klimawandel ist es egal, ob man ihn leugnet, oder einfach nichts gegen ihn tut. Schlimmer noch, die Bundesregierung lobbyiert in Brüssel gegen höhere Grenzwerte für Autos, versucht den Diesel-Betrug der deutschen Automobilindustrie zu vertuschen und interveniert in China gegen den Ausbau der E-Mobilität. Deutschland scheitert an den Maßstäben, die es selbst für die Gemeinschaft der 20 wichtigsten Industrieländer vorgibt. In keinem anderen Land der Welt wird soviel Braunkohle abgebaut und verfeuert wie in Deutschland. Nur wenn die Bundesregierung hierzulande endlich handelt, kann eine gemeinsame Anstrengung auf dem G20-Gipfel gelingen.

Wir fordern die Bundeskanzlerin auf, auf dem Gipfel in Hamburg endlich der globalen Verantwortung beim Klimaschutz gerecht zu werden, notfalls auch als G19 ohne Trump.

Erst dann wird ihr internationaler Appell gehört werden. Nur wenn die Kanzlerin national vorangeht, gibt es eine Chance, dass nicht Trump und Co. die Agenda bestimmen. Dazu braucht es:

- ein Klimaschutzgesetz, das Klimaschutz rechtlich verbindlich macht und einen klaren und verbindlichen Reduktionsplan für alle Emissionsbereiche (Strom, Verkehr, Wärme, Industrie und Landwirtschaft) bis zum Jahr 2050 festschreibt;
- die sofortige Abschaltung der 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke und ein Gesetz zur Umsetzung des vollständigen Kohleausstiegs bis 2030;
- ein Ende der Begrenzung des Ausbaus von Ökostrom. Die Ausbauziele müssen so angehoben werden, dass bis 2030 eine vollständige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien erreicht wird;
- eine gesetzliche Regelung, dass ab 2030 nur noch Autos mit abgasfreiem Antrieb neu zugelassen werden;
- eine Reform des EU-Emissionshandels und einen CO₂-Mindestpreis sowie die Initiative für eine EU-Klimaunion, die wir zusammen mit unseren europäischen Nachbarn gründen;

- eine Verpflichtung der G-20 Staaten, die Finanzierung der Klimakrise zu beenden, indem sie klimaschädliche Subventionen abschaffen, aus klimaschädlichen Investitionen aussteigen und eine geeignete Berichtspflicht für Klimarisiken von Unternehmen einführen;
- die nationale Einhaltung der in Paris unterschriebenen Klimaschutzverpflichtungen, damit die Welt 2050 endlich klimaneutral ist und die Klimaerwärmung deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad, gehalten werden kann.

Kein ‚weiter so‘

Der neue Wirtschaftsnationalismus der USA, geschlossene Grenzen und Strafzölle sind gefährlich für die internationale Ordnung. Als Folge kann ein Handelskrieg drohen, der noch mehr Menschen zu Verlierern macht. Es reicht deshalb nicht, wenn das Abschluss-Communiqué eine Absage an den Protektionismus enthält.

Freier Handel allein ist nicht die Lösung. Er produziert Gewinner und Verlierer. Das haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt. Die Folgen einer unregulierten Globalisierung haben immer mehr Menschen in die Arme von rechten Populisten wie Donald Trump oder Marine Le Pen getrieben. In vielen Ländern der Welt werden Menschen in der globalen Wertschöpfungskette ausgebeutet. Erfolgreich sind wir nur, wenn alle Menschen auf der ganzen Welt vom Wohlstand profitieren, dieser Wohlstand nachhaltig erwirtschaftet wird und soziale und ökologische Leitplanken durchgesetzt werden.

Wir brauchen faire Handelsabkommen, die transparent und demokratisch verhandelt werden. Fairer Handel heißt, dass sich die Staaten verbindliche Regeln geben: Für den Schutz von Klima und Umwelt, für Rechte von Arbeiter*innen und Verbraucher*innen, für den Kampf gegen Steuerflucht, sowie gegen Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen. Fairer Handel heißt auch, dass die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zur Voraussetzung von Handelsabkommen werden. Künftige Vertragspartner von Handelsabkommen müssen sich durch ihre Unterschrift den Klimazielen von Paris und den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) von New York verpflichten. Wir müssen unsere Handelspolitik so ausrichten, dass sie die natürlichen Ressourcen nicht übernutzt, dass sie weltweit eine faire nachhaltige Landwirtschaft stützt, dass sie Mobilität und Energieerzeugung klimaverträglich macht, dass sie Umweltstandards stärkt, Lieferketten transparent macht und nachhaltige Entwicklung fördert.

Gerade deshalb, weil US-Präsident Trump aus dem Klimavertrag aussteigen will, müssen wir erst recht alles tun, um internationalen Regeln zu mehr Ansehen zu verhelfen. Wir müssen die Handelspolitik nutzen, um unsere internationalen Versprechungen einzulösen und wir müssen die Ver-

einten Nationen als Rückgrat des internationalen Handelns stärken. Kanzlerin Merkel darf Präsident Trump nicht die Neuauflage des krachend gescheiterten TTIP-Abkommens andienen!

Mit ihrem sturen Festhalten an der EU-Handelspolitik à la CETA und TTIP unterminiert die Bundesregierung fairen Handel. Gemeinsam mit der Protestwelle, die den G20-Gipfel begleitet, lehnen wir diese Abkommen ab. Mit dem Handelsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA) erleben wir ein Déjà-Vu: Private Paralleljustiz für Großkonzerne, Abschaffung des Vorsorgeprinzips, Konzerne statt Kleinbauern, Waljagd statt Waldschutz. Und wieder erfährt die Welt davon nicht von den Verantwortlichen selbst, sondern aus Leaks. Transparenz und Einbindung bleiben ein leeres Versprechen. Inhalt und Verfahren bei JEFTA lehnen wir ab.

Nötig wären Handelsabkommen mit hohen Standards beim Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Datenschutz, die Klima- und Umweltschutz, Vorsorgeprinzip und Nachhaltigkeit zum Ziel haben.

Das gilt im Besonderen auch für den Handel mit Afrika. Afrika soll im Zentrum des G20-Gipfels in Hamburg stehen, muss aber de facto vom Rand aus zuschauen. Zu einer echten Partnerschaft mit afrikanischen Staaten gehört ein Dialog auf Augenhöhe und faire Handelspartnerschaften, statt den bisherigen Wirtschaftsabkommen (EPAs) und der hochsubventionierten europäischen Exportpolitik, die der afrikanischen Wirtschaft massiv schadet.

Die EU, Kanada, Mexiko, Deutschland, Frankreich, Italien, Südafrika, China und sogar die USA: Sie alle könnten sich auf dem G20-Gipfel auf einen Neustart verabreden, auf die Wende, die die Welt braucht.